

Arbeitskreis Bekennender Christen in Bayern (ABC)

Pressemitteilung vom 30. Juni 2017

**Stellungnahme zur Entscheidung des Bundestages vom 30.06.2017  
zur „Ehe für alle“**

von Till Roth, 1. Vorsitzender des ABC Bayern

Die nun vom Bundestag beschlossene „Ehe für alle“ ist ohne Frage Ausdruck eines gesellschaftlichen und kulturellen Wandels. Mit solchen Veränderungen müssen Christen umgehen lernen, ohne zu Wutbürgern zu werden oder in die innere Emigration zu gehen. Auf der anderen Seite ist es Aufgabe der Kirche, in dieser Situation deutlich zu machen, dass sich die neue Auffassung von „Ehe“ weiter vom jüdisch-christlichen Verständnis entfernt. Mit den katholischen Bischöfen bedauern wir, dass mit der Neuregelung „die christliche Auffassung von Ehe und das staatliche Konzept weiter auseinandergehen.“ Es ist naiv, wenn Kirchenvertreter die politische Redeweise von der „Öffnung der Ehe“ übernehmen, denn es handelt sich um eine inhaltliche Änderung – letztlich eine Aushöhlung – des bisherigen Eheverständnisses. Und dass die „Ehe für alle“ laut EKD-Ratsvorsitzendem Bedford-Strohm das Anliegen der Ehe stärken würde, ist ein Widerspruch in sich, wenn man den klassischen, nun für überholt erklärten Ehebegriff zugrunde legt.

Wichtig scheint uns auch, dass sich die Kirche klar darüber ist, dass aus der veränderten Gesetzeslage keine Handlungsmaßgabe für kirchliches Handeln folgt. Die Frage nach der Schriftgemäßheit der Segnung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften hat mit staatlichen Entscheidungen ebenso wenig zu tun wie die ethische Beurteilung gleichgeschlechtlicher Lebensweise mit humanwissenschaftlichen Erkenntnissen. Für biblisch orientiertes Denken bleibt das Aufeinanderbezogensein der zwei Geschlechter als gute Setzung des Schöpfers maßgeblich.